

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direkter Postbestellung monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 11.— M.

Interessante Lesensstoffe: Die achtjährige, vom Kaiser ernannte, Kommission für die Reform der Reichsverfassung, die am 1. März 1919 in Berlin ihre Arbeit aufnahm. Die Kommission hat am 26. Februar 1920 ihren Bericht an den Kaiser vorgelegt. Der Bericht ist in drei Teilen unterteilt. Der erste Teil enthält die allgemeine Einleitung, der zweite Teil die Besondere, der dritte Teil die Allgemeine. Der Bericht ist in deutscher Sprache abgedruckt. In der Expedition aufgeben. Inzeraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9766

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem englisch-russischen Frieden.

England und Rußland.

Der Friede daß eine Tafsache.

H. N. London, 26. Februar.

Die Bewegung gegen den Abschluß eines Friedens mit Rußland, die besonders in der Reichspressen zum Ausdruck kam, hat offenbar ihre Wirkung verfehlt. Aus Bonar Law's Mitteilung geht hervor, daß der Friede daß eine Tafsache sein wird. Man ist in London der Ansicht, daß Nitzi weitere Schritte in dieser Richtung unterläßt, während Millerand sich dagegen erklart. Lloyd George soll sich mit Nitzi geeinigt haben.

Stimmen aus der englischen Presse.

H. N. London, 26. Februar.

Die Entscheidung des Obersten Rates in der russischen Frage wird von der öffentlichen Meinung im ganzen gut geheißen. „Daily News“ sagt, die neue Politik müsse heute heißen: Friedensschluß der Handelsbeziehungen zum Ausdruck kam, hat offenbar ihre Wirkung verfehlt. Aus Bonar Law's Mitteilung geht hervor, daß der Friede daß eine Tafsache sein wird. Man ist in London der Ansicht, daß Nitzi weitere Schritte in dieser Richtung unterläßt, während Millerand sich dagegen erklart. Lloyd George soll sich mit Nitzi geeinigt haben.

Standgerichte im Industrieviertel.

Es wird gemeldet:

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden nötigen weiteren Maßnahmen, eine Verordnung erlassen, deren wichtigste Bestimmungen lauten: Die in dem § 807 (Brandstiftung), § 811 (Explosion), § 812 (Ueberschwemmung) und § 815 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuchs mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verübung dieser Verordnung in den gefährdeten Bezirken begangen worden sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann in den Fällen des § 115 Abs. 2 (Mord) und Widerstand bei Aufruhr) und § 125 Abs. 2 (Mord) und Widerstand bei Aufruhr) bei Zusammenrottungen des Strafgesetzbuchs auf Todesstrafe erkannt werden, wenn der Täter den Widerstand mit Waffen oder im bewaffneten und gewollten Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen hat.

Durch Anordnung des Reichswehrministers können in dem gefährdeten Bezirk oder für Teile des Bezirks außerordentliche Kriegsgerichte gebildet werden. Sie bestehen aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Im Falle eines Aufruhrs oder Landfriedensbruchs kann der Reichswehrminister zur Aburteilung der oben bezeichneten Verbrechen die Bildung von Standgerichten anordnen. Das Standgericht wird durch den Befehlshaber der mit der Bekämpfung der Unruhe betrauten Truppe gebildet. Es besteht aus drei unbescholtenen Personen, die über 20 Jahre alt sein müssen. Den Vorsitz führt ein Offizier der Truppe. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe lauten. Es bedarf der Bestätigung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt und wird nach der Bestätigung durch Erhängen vollstreckt.

Diese Verordnung ist von einem Manne erlassen worden, der sich Sozialdemokrat nennt und der auf Grund seines Parteiprogramms zur Abschaffung der Todesstrafe verpflichtet ist. Der ordnungsgemäße Rechtsweg wird ausgeschaltet und die Verfügung über das Leben der Beschuldigten in die Hand der Militärs gelegt. Ohne lange Verhandlung soll das Urteil gefällt werden, das nur auf Todesstrafe lauten darf.

Stellt diese Verordnung eine von den Maßnahmen vor, die von der Regierung zur Steigerung der Kohlenproduktion angekündigt wurden? Oder ist das die Einlösung des Versprechens auf Aufhebung der Militärjustiz?

Der Konflikt in der Berliner Gewerkschaftskommission.

Erklärung.

Die unterzeichneten Vorstände der Berliner Gewerkschaften, die auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, haben in Gemeinschaft mit der U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission zu dem Konflikt, der aus Anlaß der Betriebswahlen entstanden ist, Stellung genommen und sind einmütig zu folgender Erklärung gekommen:

Das Plenum der Berliner Gewerkschaftskommission, das in seiner Mehrheit aus Mitgliedern der U. S. P. D. besteht, hat mit übergroßer Mehrheit beschlossen, den Ausschuss zu beauftragen, die Wahlen zu den Betriebsräten vorzubereiten und durchzuführen und zwar dergestalt, daß alle freigewerkschaftlichen organisierten Arbeiter aufgefordert werden sollen in allen Betrieben nur Kandidatenlisten der freien Gewerkschaften aufzustellen und zu unterstützen.

Die Unterzeichneten mußten erwarten, daß diesem Beschlusse die notwendige Achtung entgegengebracht worden wäre. Leider ist dies nicht geschehen! Wenige Tage später wandte sich die Berliner Bezirksleitung der S. P. D. und der Vollzugsrat der S. P. D. in einem Flugblatt an die Berliner Arbeiterschaft, in welchem die alten Vertreter der S. P. D. als die einzig bewährten“ hingestellt und zu deren Wahlen aufgefordert wurde. Dadurch wurde den Betriebsratswahlen durch die S. P. D. ein parteipolitischer Charakter aufgedrückt. Diese Absicht geht mit aller Deutlichkeit aus folgender Stelle im Flugblatt hervor:

„Alle Arbeiter und Angestellte aus Betrieben, in denen noch keine Vertreter der Arbeitnehmer sind, werden um Mitteilung unter genauer Angabe, der Beschäftigtenzahl, Art des Gewerbes und Adresse des Betriebes ersucht. Alle persönlichen und schriftlichen Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an die U. S. P.-Fraktion des Vollzugsrats, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114, vorz. 4 Treppen.“

Dieses Vorgehen der S. P. D. mußte dazu führen, daß auch die anderen Richtungen in der Arbeiterbewegung dazu gezwungen waren, ihrerseits zu dem Wahlkampf Stellung zu nehmen. Deshalb erschien der Aufruf in der „Freiheit“, der auch von der U. S. P.-Fraktion der Berliner Gewerkschaftskommission unterzeichnet war.

Unterdessen hat die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Wahlkampf eingegriffen. Sie fordert die Aufstellung von einheitlichen freigewerkschaftlichen Listen.

Dieser Beschluß macht es notwendig, daß auch die Berliner Gewerkschaften gemäß ihrer ursprünglichen Stellungnahme für die Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen, eintreten.

Die Vorstände können die Verantwortung nicht übernehmen, daß ein mit den Beschlüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht übereinstimmendes Vorgehen bei den Betriebsratswahlen von anderer Seite benützt wird, um in jenen Verwaltungen, wobei Vertreter der grundsätzlichen, sozialistischen Klassenkampfgedankens die Mehrheit haben, die Spaltung und Absplitterung zur Tatsache werden zu lassen.

Die Vorstände haben das Vertrauen zu dem Klassenbewußtsein der Berliner Arbeiterschaft, daß sie auch diese Wahlen zu einem Sieg des revolutionären, sozialistischen Gedankens gestalten werden.

Die U. S. P.-Vorstände der Berliner Gewerkschaften. Die U. S. P.-Fraktion der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Die Elternbeiratswahlen.

K. K. L. Man soll nicht behaupten, daß die Novemberrevolution kulturell nichts geändert hätte. Wir haben ein „Ministerium für Volksbildung“, kein Kultusministerium“ mehr, und an der Spitze dieses Ministeriums steht sogar ein Sozialdemokrat. Das Firmenbild ist also geändert, doch nichts Wesentliches ist in den letzten 15 Monaten auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswezens geschehen. Noch besteht — und ist durch die „demokratische“ Reichsverfassung ausdrücklich bestätigt worden — das Bildungsmonopol des Kapitals; noch beherrschen Bourgeoisie und Kirche die Schule und drücken das heranwachsende Proletariat für die heilige bürgerliche Gesellschaftsordnung. Aber der Herr Minister, selbstzufrieden mit seinen kleinen Forderungen, läßt ein wenig nach links und verbeugt sich recht tief nach rechts.

Je nach der Parteistellung und Temperament ist die Opposition gegen Herrn Goenrichs Kulturpolitik nach Richtung und Stärke verschieden. Darin dürfte aber wohl alle einig sein, daß Bankrottlosigkeit und Grundlosigkeit nirgends so verhängnisvoll ins Unkraut ziehen, wie im Ministerium für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft. Das ist eben die tragische Folge des Herumlabierens zwischen den Parteien, anstatt des grundsätzlichen Handelns. Der Fortschritt verhungert dabei wie Durstons Fiel zwischen den beiden Heuhaufen.

Herr Goenrich hat sich endlich zu einer Tat aufgerafft. Er hat eine Verordnung betr. Elternbeiräte, die kurz vor Jahreschluss des verflohenen Jahres der Kultusminister Schmidt für höhere Schulen erlassen hat, in erweiterter Form auf alle Schulen angedehnt. Aber selbst bei dieser bescheidenen Reform kommt man nicht aus der Politik des Fahrens und der Unklarheit heraus. Nach vielen Verschiebungen wurde endlich der Termin für die Stadt Berlin auf den 7. März festgesetzt. In den Vororten Berlins, die der Regierung in Potsdam unterstehen, ist meistens schon am 22. Februar gewählt worden. Aber noch immer dockt man an diesen sorten Erstgeborenen in der heiligen Familie der Schulreaktion herum. Schon während in der Landesversammlung die Rechtsparteien gegen dieses revolutionäre Gebilde, doch der Herr Ministerialdirektor Jahnke beruhigt die besorgten Gemüter. Es handelt sich nur um einen bescheidenen Versuch, und auf Gesuch der Gemeinden könne man sogar die Wahl noch hinausschieben. Charlottenburg hat bereits von diesem Rechte Gebrauch gemacht; in der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag auf Verschiebung der Elternbeiratswahlen angenommen.

Denk! man etwa, dem Proletariat auf diese Weise die Elternbeiratswahlen zu vereiteln? Man wird sich täuschen. Das Proletariat wird sich in Bereitschaft halten, um auch auf diesem feindlichen Boden der Reaktion sein Recht zu erkämpfen. Das alte preussische Regime zeichnete sich durch Reaktion und Korrektheit aus. Alles hat das neue Regime sich bewahrt, nur nicht die Korrektheit. So entdeckt man auch erhebliche bürokratische Mängel in diesem Erlasse. Eltern und Adoptiveltern haben Stimmrecht; Pflegsorgern und Vormünder, deren erzieherische Bedeutung der der Eltern völlig gleichkommt, haben kein Stimmrecht. Damit ist für Vollwaisen gar keine Vertretung in dem Elternbeirat vorhanden, ebenso nicht für Kinder, für die Pflegsorgern bestellt worden sind. In der Praxis werden häufig genug gerade diese letzteren Kinder der Erziehung von Haus und Schule Schwierigkeiten bereiten. Dann ist noch in den letzten Tagen, um die Verwirrung noch größer zu machen, eine neue Bestimmung gekommen: Kandidatenlisten, in denen Eltern als Kandidaten aufgeführt sind, deren Kinder Eltern die Schule verlassen, sind ungültig, in den Wählerlisten sind solche Eltern zu streichen; die Eltern jedoch, deren Kinder am 1. April in die Schule eintreten, sind mit aufzunehmen. Diese Bestimmung wird erlassen, nachdem in Groß-Berlin bereits in sehr vielen Fällen Kandidatenlisten aufgestellt sind. Diese Aufstellung war wegen ihrer Neuheit durchaus nicht so einfach. In solchen Fällen — wenn nicht die ganze Wahl ungültig sein soll — müssen neue Elternversammlungen einberufen und neue Listen aufgestellt werden. — und das alles zehn Tage vor der Wahl! Für die Eltern der neuereintretenden Kinder ist die

Neuanmeldungen haben Zeit bis zum 15. März, sind also zum Teil noch gar nicht erfolgt, besonders in diesem Jahre nicht, da in den meisten Gemeinden die Neuanmeldungen wegen der Aufhebung der letzten Vorauflagen erst in den letzten Tagen erfolgen. Ferner finden bekanntlich noch reichliche Verdrückungen in den Schulen statt, nachdem die Neuanmeldungen endgültig feststehen. Eine Kontrolle aber über die Mithatigkeit der Wohlthäter seitens des Wahlvorstandes kann erst erfolgen, wenn endgültig alles feststeht, und das ist erfahrungsgemäß erst Mitte April zu erwarten. So zeigt sich überall Unruhe und Unfertigkeit, selbst bei dieser einfachen Angelegenheit, die dazu sey über einem Jahre vorbereitet wird.

Der Minister hat ferner durch Satzungen Absicht und Zweck der Elternbeiträge festgelegt. Die Zuständigkeit der Elternbeiträge ist selbstverständlich nachdrücklich eingeschränkt worden. Man könnte ja sonst fürchten, daß ein früher durch revolutionären Geistes auch in die Mordlust unserer Schulstufen kommen könnte, und das würde die wohlgelegenen und wohlgelegenen Reaktionen vom Rektor bis zum Geheimrat verschlingen. Darum warnt Haenisch energisch davor, die Elternbeiträge unter politischen Gesichtspunkten sich vollziehen zu lassen. Und nun gar Politik in die Elternbeiträge selbst hineinzufragen! Man soll uns nicht mit der Phrase kommen, daß die Politik nicht in die Schule gehöre. Gilt die Schule ist das im Munde derer, die monarchistische und militaristisch-friegerische Hetze nicht bloß früher, sondern noch heute in trivialisierender Weise in die Schulen bringen. Wir wollen gewiß nicht, daß in unseren Schulen die Einbildungsdressur getrieben wird. Doch die Umgestaltung unserer Schulinstitutionen ist eine höchst politische Angelegenheit, und darum sind auch die Elternbeiträge politische Wahlen, mag Herr Haenisch auch seinen „revolutionären Geist“ in dem Jonglieren zwischen kapitalistischer Demokratie und zentralistischer Kirchenpolitik vollkommene Befriedigung finden. Uns genügt natürlich nicht, daß die Elternbeiträge nur beratende Stimme haben sollen, daß verurteilt die Eltern zu mehr oder weniger überflüssigen Diskussionen. Allerdings für den Zweck, den Haenisch für die Elternbeiträge vorsieht, genügt das. Die Eltern sollen ja nur „Wünsche“ und „Anregungen“ geben, und bei besonders schwierigen Disziplinärfällen sollen sie gehört werden.

Dem großen Schulprobleme unserer Zeit scheint Herr Haenisch wenig Rechnung tragen zu wollen. Ein patriarchalisches Verhältnis von Schule und Haus herzustellen, genügt heute wirklich nicht mehr. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, aus dem Hause, das den Charakter der Erziehungsgemeinschaft in den meisten Fällen verloren hat, und der Schule, die bislang nur Lern- und Lehranstalt gewesen ist, nunmehr eine den sozialen Bedürfnissen und den erzieherischen Forderungen angepaßte, einheitlich aufgebaute Erziehungsgemeinschaft zu schaffen. Das kann natürlich nicht das Werk einer Reichsschulkonferenz oder einer obersteilischen Verordnung sein, sondern an diesem Werk muß die gesamte Gemeinschaft schaffend mitwirken. Unter diesem Gesichtspunkte müßten den Elternbeiträgen weitgehendere Funktionen gewährt werden. Sie müßten mitbestimmenden Einfluß auf die bauliche, hygienische und künstlerische Einrichtung der Schule haben; sie müßten Einfluß auf Schulordnung, Unterrichts- und Erziehungsmethoden haben; sie müßten zum Ausbau der Arbeitsschule herangezogen werden und bei Berufsberatung, Jugendpflege und Fürsorge ihre Erfahrungen verantwortlich für die Gemeinschaft verwerten. Wir müssen ferner verlangen, daß die Elternbeiträge öffentlich sind außer bei selbstverständlichen Ausnahmen von besonderen Disziplinärangangelegenheiten. Ueberall versprechen wir uns nur von einer öffentlichen Kontrolle eine Befundung der Verhältnisse, und wir fürchten nicht, wie die konservativen Kreise, daß auf diese Weise das heilende Mißtrauen zwischen Schule und Haus noch verstärkt wird.

Trotz der vielen Mängel, die diese Reorganisation der Elternbeiträge noch beifügt, müssen sich unsere Genossen mit aller Energie an den Elternbeiträgen beteiligen. Wir

müssen die Gelegenheit benutzen, die breiten Massen des Volkes über die Reaktion in der Schule aufzuklären und ihnen die Wege und Ziele einer revolutionären sozialistischen Schulpolitik zeigen. Wir müssen aber auch vorhin, diese Institution zu einem wirklichen Elternbeirat auszubauen.

Unschuldig.

Das Reichswehrministerium erläßt eine Erklärung, daß nach den bisherigen Untersuchungen aus Anlaß der Versammlungspionage in Charlottenburg es ziemlich sicher feststeht, daß die von den Sicherheitsbehörden festgenommenen Mannschaften und Offiziere unschuldig seien. Offiziell wird dazu noch weiter mitgeteilt, daß es sich besonders bei den Angehörigen der 2. Marinebrigade aus Döberitz um völlig unschuldige Personen gehandelt habe, die nur der Versammlung beigewohnt und keinen Anteil an Tumulten und daher auch keinen Anlaß zum Eingreifen gegeben hätten. Es bleibe jedoch zu bezweifeln, daß von irgendwelcher Seite durch Veröffentlichung von Namen Personen an den Vorrang gestellt worden seien, denen nach den bisherigen Feststellungen, auch nach denen der Sicherheitsbehörde, keinerlei strafbare Handlungen vorgeworfen werden können.

Das Reichswehrministerium ist also bereits sehr vollkommen von der Unschuld dieser Leute überzeugt, trotzdem die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen ist. Man entsinne sich, in welcher Entrüstung diese Leute sich seit dem Beginn der Untersuchung gegen Marx und Kessell — daß dem endgültigen Ergebnis der Untersuchung durch öffentliche Beurteilungen der Fälle vorgegriffen werde. Man kann sich demnach vorstellen, was die von den Militärbehörden betriebene Untersuchung der in der Charlottenburger Versammlung verübten Missetaten ergeben wird.

Im Zusammenhang damit wird mitgeteilt, daß die Zahl der noch nicht entlassenen Mannschaften der Baltikumtruppen noch 8000 Deutsche und 6000 Russen, zusammen also 14000 Mann betrage. Der Vermonatsbericht haben 30000 Mann angehört, fast die Hälfte davon ist also immer noch nicht entlassen, trotzdem schon Monate seit der Wendung des baltischen Abenteuer verlossen sind. Mit Recht sagt die „Berliner Volkszeitung“, wenn es technisch möglich und mit der Verantwortung gegenüber der Lage des Arbeitsmarktes zu vereinbaren gewesen ist, von heute auf morgen sämtliche Arbeiter aus 18 Eisenbahnabteilungen zu entlassen, dann müßte die kurz befristete Demobilisierung der Baltikumtruppen und die Internierung ihrer russischen Angehörigen ebenfalls ausführbar gewesen sein. Der bedenklichste Punkt in der ganzen Angelegenheit sei aber der, daß die Leute offenbar noch wie vor bewaffnet herumlaufen dürfen.

Das rücksichtslose Vorgehen gegen die Eisenbahnarbeiter und die wilde Behandlung der Baltikumabenteurer mag wie ein Widerspruch erscheinen. In Wirklichkeit besteht aber eine völlige Uebereinstimmung in der Behandlung dieser beiden Angelegenheiten. Hier wie dort bestimmen die Rücksichten auf die gegenrevolutionären Kreise, deren Interessen mit denen der kapitalistischen Kreise völlig übereinstimmen, die Handlungen der zuständigen Stellen. Und darum wird sich am Ende auch bei der Untersuchung der Ausschreitungen in der Berlin-Versammlung ergeben, daß an ihrer Sprengung und an der schweren Mißhandlung friedlicher Versammlungsteilnehmer nicht nur die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr, sondern auch die dort anwesenden Baltikumer unschuldig wie weiße Engel sind.

Das Reichswehrministerium als Anwalt der rechtssozialistischen Partei.

Die rechtssozialistische Provinzpresse bringt einen Artikel, betitelt: „Der Dolchstoß in den Rücken“ und der so beginnt: „Aus dem Reichswehrministerium wird uns geschrieben.“ Der Artikel enthält die Besprechung eines Aufsatzes des Generals Groener in den „Preussischen Jahrbüchern“ über die staatsmännliche Führung im Kriege. In dem Artikel wird ausführlich dargestellt, daß die Ausführungen Groeners eine glänzende Rechtfertigung der sozialdemokratischen Kriegspolitik seien und daß Groener sich in voller Uebereinstimmung mit ihr befinde.

Wir erleben also ein neues Beispiel von Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Regierungskreise. Ist das Reichswehrministerium dazu da, die Politik der Rechtssozialisten zu unterstützen? Es ist höchste Zeit, daß der Verwendung öffentlicher Mittel für die Propaganda einer einzelnen Partei endlich ein Ende gemacht wird.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Die „Neue Berliner“ meldet: Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen, die der Bevollmächtigte der russischen Sowjetrepublik Wiktor Kopp mit der deutschen Regierung über den Mesangeneauvertrag abgeschlossen hat, bereits zu einem gewissen Ergebnis geführt. Die russische Regierung wird einen Austausch bereitstellen, der aus 25 Waggons besteht und zweimal in der Woche direkt von Moskau nach Berlin verkehren wird. Dieser Zug wird deutsche Kriegsgelangen aus Rußland nach Deutschland bringen und russische Kriegsgelangen zurückführen.

Ferner soll die Einrichtung einer Schiffschleuse Hamburg-Odesa der Anfang mit dem regelmäßigen Warenaustausch zwischen Deutschland und Rußland gemacht werden. Aus Hamburg werden vornehmlich landwirtschaftliche Geräte und Maschinen nach Rußland gebracht werden und von dort soll Weizen nach Hamburg geschickt werden. Eine Schwierigkeit besteht nur darin, daß England das Recht für sich in Anspruch nimmt, durch den Proporus durchfahrende Schiffe in Konstantinopel untersuchen zu können. Dieser Forderung hat sich die russische Regierung bisher widersetzt.

Die Verhandlungen des Reichsschulsausschusses.

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen des Reichsschulsausschusses unter dem Vorsitz des Unterrichtssekretärs Schulz fortgesetzt und zu Ende geführt. Zunächst übernahm der Ausschuss nach Vorträgen der Herren Gewerbelehrer Warz vom Reichsministerium des Innern, Ministerialdirektor von Siefert und Landesgewerkeamt Dr. Bietmann vom Preussischen Landesministerium die von den beiden letztgenannten Rednern vorgelegten Entwürfe über die Frage der Umgrenzung und der Durchführung der Fortbildungspflicht der Reichsschulsausschüsse als Material.

Zur Frage der Neuordnung der deutschen Rechtsprechung wurde nach längerer Aussprache beschlossen, im Hinblick auf die starken Gegenstände, die in der Besprechungsphase zu Tage getreten seien, die endgültige Entscheidung nach einer vorbereitenden Stellungnahme der Schulverwaltung der Länder der nächsten Tagung des Reichsschulsausschusses zu überweisen.

Der Regierungsrat Würich begründete abgesehen davon vom Reichsministerium des Innern vorgelegten Entwurf über die Lehrerbildung, der, ohne den sachlichen Vorkarungen der Reichsschulkonferenz vorzugreifen, entsprechend dem Artikel 148 Abs. 2 der Reichsverfassung für die an öffentlichen Lehranstalten hauptsächlich anzustellenden Lehrer und Lehrkräfte unter ihrer Ausbildung für das Lehramt den erforderlichen Besuch einer wissenschaftlichen, künstlerischen oder technischen höheren Lehranstalt oder den Nachweis der Erwerbung der durch eine solche Lehranstalt vermittelten Bildung durch eine besonders Prüfung vorsieht. Nach eingehender Aussprache wurde der Entwurf mit kleinen Änderungen angenommen.

Der Reichsschulsausschuss beschloß sodann, die Vorkarungen für die den Schulverwaltungen aus den Verfassungsbestimmungen über die weltlichen Schulen, über den Arbeitsunterricht und ähnliche Fragen erwachsenden schultechnischen Aufgaben in die Wege zu leiten.

Das Betriebsrätegesetz in Bayern. Das Ministerium für soziale Fürsorge veröffentlicht im Einvernehmen mit den bayerischen Reichsvereinen Vorschläge zum Betriebsrätegesetz. Danach müssen die ersten Wahlen bis zum 22. März eingeleitet werden. Besonders hingewiesen wird darauf, daß mit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes alle bayerischen Verordnungen über Betriebsräte und Betriebsobmänner aufgehoben sind.

Landtagswahlgesetz. Präsident Wilson hat Gainsbrigg Tolson zum Staatssekretär ernannt.

An unsere Leser!

Nachdem der von uns veröffentlichte große sozialrevolutionäre Roman von Upton Sinclair, „Jimmie Diggins“ zu Ende gegangen ist und das stärkste Interesse gefunden hat, wird in vielen unserer Leser der Wunsch rege sein, ihn als Buch dauernd zu besitzen. Die Buchausgabe ist jetzt im Verlag von Gustav Kiepenheuer, Potsdam, erschienen und kostet, gut gebunden, 12 M. Wir haben beim Verlag erwirkt, daß das Buch von nächster Woche ab in unserer Buchhandlung, Breite Str. 8/9, an unsere Abonnenten, gegen Vorlegung der Abonnementquittung, für 10 M. abgegeben wird.

Anfang März beginnen wir mit dem Abdruck des höchst interessanten sozialistischen Romans von Ludwig Kuzenruber „Der Sternsteinhof“. Kuzenruber, der vor 30 Jahren starb und dessen Dramen in Deutschland, trotz ihrer packenden, menschlich tiefen Gestaltung selbst auf den Bühnen nur allmählich und noch zu wenig Boden gewonnen haben, ist als Dichter seiner großen Erzählungen in Deutschland noch fast unbekannt. Mit dem „Sternsteinhof“ hoffen wir ihm viele neue Anhänger und Freunde seines Dichtens und Lesens zu gewinnen. In ihm lebt die Menschenliebe.

Neue Romane.

Wir hatten vorgestern eine soziale Literatur. Der Genus war freilich, ihr Wesen warzerte in Erfahrungsbekanntnis, in der Erforschung der Umwelt und der Konzentration auf den Menschen selbst. Soziale Qualitäten waren immer irgendwie wirtschaftlich zu ergründen. In dem Seelenwerke Gerhart Hauptmanns aber ergab sich jede Tiefe des Gefühls, jene Reinheit unmittelbarer seelischer Schaukraft, religiöse Befindungsgründe dämmerten, Sehnacht drängte den Vergewaltigten, lodgerissen — mit sich selber im Unklaren — nie fertig — stand der Mensch einer Welt gegenüber und las überall die eigene Not, rang um Einordnung in die Gemeinlichkeit und suchte die Mängel des Daseins in sich selbst. Diese Welt war individualistisch, kritisch, unbefriedigt, von Lebensstrauer überschattet — man hatte die Ungleichheiten des Daseins, des Menschen erfahren und versuchte vergeblich ein stehendes Glück zu halten. Man mußte, daß man es nicht halten konnte.

Die haben heute wieder eine soziale Literatur, aber diesmal

handelt es sich nicht nur um den Menschen, sondern um die Menschheit, nicht um das Leben, sondern um die Welt. Man sieht nicht mehr Dingen, Geschöpfen gegenüber, sondern erlebt sie wie sich selbst und wird Mith für allen lebendigen Dorn. Chaotisch wie das Leben ist der Mensch. Man wird ergriffen, gepackt, hingeworfen, schleudert Erlebniswolken aus sich heraus, verzweifelt, reißt alle Schranken nieder, gibt sein Innerstes preis. Daher der Wirbelsturm in allen diesen Büchern, der zuckende, unheimliche, fassende Umarm aller Werke, die Auflösung der großen Linien, die zerlegte, überflutete Sprache, die efflatischen Ausdrücke, die verrückten, phantastischen Stammeleien derücker Revolutionäre des Gefühls. Sie stehen da wie Geschöpfe aus der Offenbarung Johannis, wie Aufrücker, Einzelgänger, zwig Ferne mit allen Merkmalen der Apokalypse, sonnenförmiger Heterochord ihrer Augen, dem Bonatismus ihres Glaubens, der Flamme ihres Wunsches. Ihr Grundgefühl ist unbedingter Glaube — Abwende an den Menschen, an seinen Geist, seine Fähigkeit, sich die Welt zu unterwerfen, das Leben zu ordnen, alle Verhältnisse zu ändern. Alles, was sie schreiben, dient irgendwie stets den Charakter des Manifestes, dient den Ruf an den Menschen.

Zwei Werke liegen vor. Majhoff, gebündelt ist das Eine: „Waher!“ von Louis Couperus. Erzählt, daß Majhoff, daß Erendbild ist das andere: „Die schattigen Augen“ von Assimil Edschmid**).

Couperus ist freilich der meistvollere, edlere, reicher, vertrauenswürdigere. Seine Veranlagung ist gedrungener, einheitlicher, sein Gefühl nicht bedürftlich in einem breiten, geruchsamem pathetischen Strom. Er lebt breite, mäßige Wortformen hin, sein Blut ist fest auf seine Güter gerichtet — zuverlässig. Seine starke Phantasie schwebt sicher durch einen neutralen Raum. Weltensophistische Romantiker sind seine Vorbilder. Er hat die große Geste, die Schwungkraft einer abstrakten Seele, die Siederheit eines unerschütterlichen Glaubens. Er gibt weniger Einzelheiten als große Linien, weniger Einblicke als große Bilder.

Edschmid aber stammt von allen Großen, die gewesen sind. Sein Werk ist gleich einem großen Steinbecken. Seine Eigenart ruht weder in der Erfindung noch in der Phantasie, weder in der Beobachtung noch im Erlebnis. Er hat selten etwas gewirkt selber empfunden, er ist ein großer Nachempfinder, ein Auswähler, der

*) Louis Couperus. Dabel. Deutsche Uebersetzung von Effe Otten. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin 1920.

***) Assimil Edschmid. Die schattigen Augen Roman. Paul Cassirer, Berlin 1920.

nur frisch wirkt, weil er scheinbar seinen Stil besitzt, obwohl auch dieser Stil bei näherer Betrachtung das Kind vieler Väter ist, aber es wuchs doch wenigstens aus einer starken Festigkeit des Gefühls für äußere Einbrüche, aus einem Vermögen, das Reizmaß der Geschehnisse und Erlebnisse zu fassen, zu fühlen, wiederzugeben. Aber gewiss wächst diese starke Begabung handwerklich mächtig aus und wird endlich lästig empfunden. Der Grundzug Edschmids ist schauspielerisch. Er bringt einen bombastischen Wust von Begebenheiten, will das Tempo dieser Welt einleipen, laßt das mehr oder weniger anpruchsvolle Leben eines entgleiten Bürgermädchens, welche den Teufel im Blut hat, herum, schließt es durch alle Völlste und Woffen, verzweifelt immer lange bei den Freuden der Reichen, von denen er sich schwer trennen kann, verberdet sich eitel dorb und gibt zuweilen stierstes Wildheit, verquidit sich romanhaft revolutionäres Heldentum mit Viehheiten und sucht den Anknüpfung an die Allgemeinheit, während er mit den „Oberen“ solifiziert, bis er endlich doch einmal beinahe von wahren Gefühlen überwältigt wird und jene Kasarrettkamen schreibt, die auch unseren Gefühlen nahekommen werden, weil alle Taktiknütze zu schreien beginnen. Russkaja.

Umburg und Kufbau schrieben wir gestern über den Namenruf des Architekten Ernst Loh. Umburg und Kufbau ist auch der Titel einer Folge von Flugdrucken, die im Verlag von Ernst Rowohlt, Berlin W 35, erschienen und mit Georg Büchner „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“, Walter Hasenclever „Der politische Dichter“, Rudolf Leonhard „Kampf gegen die Wölfe“, begann. Es folgten Beiträge von Karl Marx „Der Judenfrage“, und eine Schrift über den Prozeß des „Dobrobratens“ Ernst Toller. Als letztes Heft der Sammlung (jedoch gebietet und mit Umschlagezeichnung nur 1,20 M.) gab jetzt Paul Raver in guter Ausstattung die stammend revolutionären Gedichte von Georg Herwegh heraus, die „Eisernen Verse“ — auch im vorigen Jahrhundert verpublizierten deutschen Revolutionäre. Das Wortwort gibt ein ebenso farges, treffendes Charakterbild des Dichters wie die literarische erste Zeile seines Kulturbilds, der den Titel dieses politischen outrägenden Gedichtbändchens bildet: „Reißt die Kreuze aus der Erden!“ Das siebente Heft (mit Umschlagezeichnung von Ludwig Weidner) enthält die aus dem gegenwärtigen geborenen sprachgebildeten Gedichte von Johann W. Veher, an der Spitze, dem Ganzen den Namen „Reich“ „Ewig im Kultur“, das übrigens zuerst in der „Freiheit“ erschien, ferner die fassende „Gymne auf Rosa Luxemburg“ an Toller, Lenin, die Pangerwogen-Paläste und andere Sprengsätze eines anernünftlichen wäthen, indruktiva-loßen Reizvollheit.

Die rote Arbeiterarmee.

Am 15. Januar 1920 veröffentlichte der Oberste Verbindungsrat Sowjetrußlands ein Dekret über die Bildung der ersten revolutionären Arbeiterarmee. Die Grundbestimmungen dieses Dekrets sind folgende:

Die dritte Rote Armee wird für Arbeitszwecke als eine ganze Organisation ohne Auflösung oder Teilung unter dem Namen der ersten revolutionären Arbeiterarmee bestimmt. Die Verwendung dieser Armee zu Arbeitszwecken hat einen provisorischen Charakter. Die Dauer der Arbeitsperiode wird durch besondere Beschlüsse festgelegt werden, je nach den Kriegsverhältnissen und dem Charakter der Arbeit, die diese Armee auszuführen imstande sein wird, vor allem aber von der Arbeitsproduktivität der Arbeiterarmee.

Ausstarbungen, die in diesem Falle in Betracht kommen, sind folgende: In erster Linie Vorbereitung von Nahrungsmitteln und deren Transport nach gewissen Punkten, Holzarbeiten und der Transport des Holzes zu den Eisenbahnhaltstellen, die Organisation des Transportes der Wagen und der Dampfmaschinen; in zweiter Linie Reparaturen von landwirtschaftlichen Maschinen und landwirtschaftliche Arbeiten. Als erste wichtige Aufgabe dieser Armee muß noch die Versorgung der Arbeiter der betreffenden Gegend mit Nahrungsmitteln in dem Maße sein, wie die Rote Armee sie erhält.

Zur Leitung dieser Roten Arbeiterarmee ist ein revolutionärer Rat bestimmt, der aus Mitgliedern des revolutionären Kriegsrates, bevollmächtigten Vertretern der Kommissariate für Nahrungsmittel, für Landwirtschaft, für Transportwesen, des Arbeitskommissariats und des Obersten Rates für Volkswirtschaften zusammengesetzt ist. Als Vorsitzender wird ein besonderer Bevollmächtigter des Kriegsrates bestimmt.

In den folgenden Abschnitten des Dekrets werden die Kompetenzen zwischen dem Kriegsrat und den anderen Kommissariaten, sowie den lokalen Organisationen festgelegt, und zwar unter dem Vorbehalt der Reorganisation der inneren Organisation und der Arbeitsordnung und den Kommissariaten die Auswahl und die Art der Organisation der Arbeit, während die lokalen Einheiten dem Rate der Arbeiterarmee im ganzen oder auf dem Gebiet der speziellen durch die Arbeiterarmee ausgeführten Arbeit unterstellt werden. Bei der Ausführung der Arbeit müssen die Verordnungen und Instruktionen der Rätemacht beobachtet werden und insbesondere soll eine ganz genaue Rechnungslegung stattfinden. Die qualifizierten Arbeiter können unter Umständen nach den entsprechenden Vertrieben abbelegiert werden, aber nur mit Zustimmung der wirtschaftlichen Organisationen, denen diese Betriebe unterstehen.

In einem weiteren Artikel der „Ekonomschestska“ vom 1. Januar 1920 wird über diese neugebildete Arbeiterarmee noch angeordnet, daß deren Sinn in der Massenanwendung von Arbeitskräften liegt. Unserem bürgerlichen Organisationsapparat wird dort gesagt, „mangelnd an Mächtigkeit und genauer Arbeitsteilung des Kriegesapparates“ Mängel, auf die wir schon mehrfach hingewiesen haben, gegen die wir angekämpft haben, werden mit nicht allzu großem Erfolg. Die Armee im Kontakt mit den bürgerlichen Organisationen wird die Elemente der Abschneidung und Sparmaßnahmen und wirtschaftlichen Verwendung der knappen Mittel des Landes verstärken. Diese Kombination der Arbeitsmethoden ist lebensfähig und notwendig und nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Bürokratismus abzutreiben, gegen den der Kampf bis jetzt keine greifbaren Resultate gezeitigt hat.“

Helferich-Prozess.

Die Aussicht, daß der frühere Reichsfinanzminister Helfferich heute als Zeuge vernommen werden soll, hatte große Schrecken von Neugierigen herbeigelockt. Die Abhörungsmassnahmen wurden noch schärfer als bisher beobachtet. Von den Anfangen war zu Beginn der Verhandlung zur Stelle. Von den Beteiligten Helfferich wurde wiederum die Ladung einer Anzahl von Zeugen beantragt. Der Vorsitzende ist dem entgegen mit der Bemerkung, daß man spätestens am Montag mit der Beweisaufnahme zu Ende kommen müsse.

Helfferich äußert sich hierzu ausführlich zu der Beschuldigung, die Erbsberger am 8. Juni 1918 in der Nationalversammlung erhoben hat, daß er sich früher als Staatssekretär jeder schuldigen Steuererhebung und namentlich der Vermögenssteuer widersetzt habe. Erbsberger habe damit versucht das Gewissen der Wahrheit gelöst, Helfferich habe vom Vorsitzenden darum ersucht, seine Verteidigung seiner Steuerpolitik zu unternehmen, da das nicht zur Sache gehöre. Helfferich gibt dann eine ausführliche Erklärung seiner Steuerpolitik. Er behauptet, daß er sich einer schuldigen Steuererhebung nicht widersetzt habe. Im August 1917 habe er dem damaligen Abgeordneten Erbsberger erklärt, wenn Deutschland mit einem neuen Winterkrieg rechnen müsse, könne er auf neue Steuern nicht verzichten. Wenige Wochen später habe Erbsberger überall gegen die Einführung neuer Steuern während des Krieges intrigiert. Der Reichsminister Wirth habe das indirekt zugegeben. Helfferich habe seinen Herrn Reichmann-Hausag Mitteilung gemacht. Der Reichsminister sei empört darüber gewesen und habe dann mit Erbsberger über die Steuerfrage gesprochen.

Mütterpenfionen.

Die englische Arbeiterpartei hat im Unterhaus einen Gesetzentwurf für Mütterpensionen eingebracht. Der Gesetzentwurf lautet vor, daß Pensionen gezahlt werden sollen: an Witwen mit einem oder mehr von ihr abhängenden Kindern, an verwitwete Frauen mit einem oder mehr Kindern, deren Männer sie verlassen haben, oder von denen sie rechtlich getrennt sind, und an die Frauen von Männern, die infolge von Krankheit, Unfähigkeit oder Invalidität nicht instande sind, Frau und Kinder zu erhalten. In diesem letzten Falle sollen die Pensionen solange gezahlt werden, als nicht von einer anderen öffentlichen Autorität Leistungen gezahlt werden.

Die vorgeschlagene Rate ist folgende. Es sollen erhalten: Mütter mit einem Kind 30,8 Schilling pro Woche, zwei Kindern 41,2, drei 50,2, vier 60,2. Für jedes Kind mehr 10,7. Selbstverständlich soll auch von Empfang von solchen Pensionen kein öffentliches Recht geschädigt werden. Datin Gerald ist nicht sicher, ob dieser Gesetzentwurf angenommen werde. Er begreife die Verwendung öffentlicher Gelder zur Unterstützung für neue Ausgaben könnten gegenwärtig nur von der Regierung gemacht werden. — Vielleicht ist aber der englischen Regierung gerade in dieser Zeit darum zu tun, Beweise ihres „falschen Empfindens“ zu geben, und so ist es natürlich möglich, daß sie bei den Gesetzentwurf zu eigen macht, der einen ähnlichen einbringt.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Fleischergefell!

Nachdem die Wahlen zum Arbeitsausschuß am 7. Dezember 1919 ungültig erklärt, findet am Sonntag, 15. Februar 1920 die Neuwahl von 10 bis 4 Uhr im Arbeitsausschußgebäude, Rüdiger- u. Gormannstr. 13, statt. Es sind diesmal sechs Präzisionsstellen eingerichtet und sind Wiederholungen des Gedränges nicht zu befürchten. Wahlberechtigt ist jeder Fleischergefell in Groß-Berlin. Als Ausweis dient der Lehrbrief, Verbundamendbuch, Invaliden- oder Arbeitslosenempfehlung, auch Zeugnisse, aus denen der erlernte Beruf hervorgeht, sind mitzubringen. Nach derzeitigem Stande sind diejenigen, die zur Zeit in einem anderen Beruf arbeiten, sofern sie nachweisen, daß sie innerhalb der letzten sechs Jahre im Fleischerberuf gearbeitet haben. Wer die Entzogenheit in die Wählerliste veräußert hat, muß trotzdem zur Wahl kommen und wird im Wahllokal in die Liste nachgetragen. Wer es eheilig mit sich und seiner Familie meint, muß die Liste des Zentralverbandes der Fleischer wählen, die mit dem Namen Konrad Krause beginnt. Wir bitten die Partei- und Gewerkschaftsgruppen, alle Fleischergefell, mit denen sie zusammenkommen, auf die Wahl hinzuweisen.

Der Streik der Mühlenarbeiter.

Wie bereits gemeldet, sind Mittwoch früh die Mühlenarbeiter geschlossen in den Streik getreten, nachdem eine starke Drohkruke majoritär den Schiedspruch abgelehnt hatte. Streiklosgelöst sind folgende Betriebe: Salsman, Schmitt, Vitaris, Vetter, Heim, Humboldt, Klopfer, Quin, Walzen, Wenzel, Wenzel und Bergschloß, Abt, Haineladen.

Die Reichsverbände werden von den Streikenden berichtet. Der Streik richtet sich weniger gegen die Mühlenbesitzer, die besten sind, höhere Löhne zu zahlen, als gegen die Arbeitergefell, die sich zur Zahlung höherer Löhne nicht bequemen kann. In nennenswerten Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Jugendsektion des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Wie schon an dieser Stelle mehrfach berichtet auf die am Sonntag, den 15. Februar 1920, vormittags 9 Uhr, in den Ruffler-Feilsälen, Ruffler-Feilsälen 81, stattfindende öffentliche Lichting-Veranstaltung aufmerksam. Das Thema „Gewinn einer Parteipolitik für das Lehrlingsweien“ ist nicht nur von Interesse für die Eisenbahnerlehrlinge, sondern insbesondere auch für die Eltern derselben. Es sind zu dieser Veranstaltung schriftlich eingeladen: Die Eisenbahndirektion, die Amtsvorstände und Lehrwerkmeister der Werkstätten Berlin I, II, III, Grunewald und Tempelhof.

Groß-Berlin.

Gegen den Mieterschutz.

Gegen das bisherige Mieterschutz, wie es in der Höchstmietverordnung zum Ausdruck kommt, ist in den letzten Tagen in der preussischen Landesversammlung Sturm gelaufen worden. Wortführer war der Abgeordnete Minor, Mitglied der demokratischen Partei, der vom juristischen Standpunkt aus der Verordnung zu Grunde rückt, wovon sich versichert er, daß er nicht gegen den Mieterschutz ist. Aber in der Praxis warde er sich gegen das bisherige Schutz, daß dem Mieter durch die Höchstmietverordnung gewährleistet ist. Und auch mit diesem Schutz ist es nicht allzuweit her, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, die den Mietverhältnissen zuzustehen. Sind diese Mieter von Personen um sozialen Empfinden zusammengeleitet, so mag es noch geben. In anderen Fällen haben diese Mieter großen Spielraum darüber, was angemessen ist. Der Wohlfahrts- und Wohnungsminister hat keine Verordnung mit warmen Herzen verweigert, aber er ist doch vor dem Ansturm der Haus- und Grundbesitzerinteressen etwas zurückgewichen. In welcher Weise die Interessenten gegen den Minister losgingen, zeigt eine Eingabe des Schutzverbandes des deutschen Grundbesitz auf Aufhebung der Anordnung über Höchstmieten. Darin heißt es u. a.:

„Die Schen vor dem Werdhand der irreführenden Massen gegen Mieterschutz gerungen, die Nachkriegszeit gegen die auch hier durch jahrelange Verheerung beeinflusste öffentliche Meinung scheint der zureichende Grund für die unheilvolle Wohnnot zu sein. Die Verantwortung dafür tragen vor dem Volk und der Geschichte die Stellen, die sich in so unangenehmer Weise an den Grundbesitzern alles wirtschaftlichen Wohlstandes und Wohlstandes verhandelt haben, trotzdem sie durch Erhebungen, Wort und Schrift immer auf neue gemacht worden sind.“

Man sieht, wie deutlich die Herrschaften werden können, wenn ihr persönliches Interesse berührt wird. Und dabei ist diese Höchstmietenverordnung nur eine kleine Wohnnot, die sich gegen den allzu großen Wohnungs-wunder wendet. Die Wohnungsfrage hat eine so große Bedeutung erlangt, daß sie mit Befriedigung von Höchstmieten nicht zu lösen ist. Immer deutlicher zeigt es sich, daß der Wohlstand an Grund und Boden, an Hausbesitz, unbedeutend wirkt. Er gehört in den Besitz der Allgemeinheit und muß zugunsten der Allgemeinheit verstaatlicht werden.

Streik der „Freiheit“-Austretenden in Neudöhlen.

Ein großer Teil unserer Neudöhlener Abonnenten wird heute morgen vertrieben auf das Ersuchen der „Freiheit“ gewarnt haben. Als sie nach langem Zuden, Worten und Schimpfen immer noch nicht da war, wird bei jedem der erste Gedanke gewesen sein: Wieder ein neues Verbot. Dagegen bestanden sich aber unsere Abonnenten im Irrtum. In diesem Falle sind nicht Rote Schuld, sondern unsere Votenfrauen in Neudöhlen. Sie sind in den Streik getreten, weil Forderungen, die sie an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ gestellt hatten, von dieser nicht bewilligt worden sind, da sie nicht bewilligt werden konnten.

Wir wollen unsern Lesern nachstehend eine objektive Schilderung geben, welches die Forderungen der Votenfrauen sind und warum sie nicht erfüllt werden konnten. Die Votenfrauen der „Freiheit“ in Neudöhlen übergaben vor längerer Zeit dem Betriebsrat ihre Forderung, den Votenlohn von 95 Mark für das Austragen von 100 Exemplaren an monatlich 125 Mark einwirkend vom 1. Januar d. J. ab zu erhöhen. Erst vor einigen Tagen wurde diese Forderung vom Betriebsrat der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ unterbreitet. Die Berechnung dieser Forderung ergab, daß die Geschäftsführung sie beim besten Willen nicht bewilligen konnte. Die Geschäftsführung erklärte sich bereit, ab 1. März d. J. gegen 100 Mark für 100 Exemplare zu zahlen, da ja ohnehin der Abonnementspreis

erhöht werden mußte und dabei die Auflage der Angestellten berücksichtigt werden konnte. Die Minderleistung bis zum 1. Januar hätte aber eine Mehraufgabe von rund 70 000 Mark erfordert. Da die „Freiheit“ kein kapitalistisches Unternehmen ist, sondern von den gesammelten Erträgen der Arbeiter unterhalten wird und Ueberschüsse bis jetzt noch nicht gemacht werden konnten, nur einfach für die Mehrforderung von 70 000 Mark keine Deckung vorhanden. Unsere gesamten Ausgaben müssen neben den Interateneinnahmen aus den Abonnementsgebühren herausgeholt werden. Auch das vierwöchentliche Verbot haben wir natürlich einen gewaltigen Ausfall an Interateneinnahmen gehabt. Der Abonnementspreis war aber auch nur so kalkuliert, daß die Mehrforderungen der Votenfrauen darin nicht enthalten waren, andernfalls hätte der Abonnementspreis schon für Januar und Februar entsprechend höher gesetzt werden müssen. Wäre das Verbot im Januar nicht gekommen, dann hätte der Verlag der „Freiheit“ bereits am 1. Februar den Abonnementspreis erhöht. Da aber unsere Abonnenten wochenlang keine Zeitung erhalten hatten, nahm der Verlag von einer Erhöhung für Februar noch Abstand.

Es muß doch immerhin berücksichtigt werden, daß die Votenfrauen annähernd vier Wochen lang nicht zu arbeiten durften und trotzdem ihren vollen Lohn erhielten. Daß sie dabei unter der Forderung sitzen wie jeder andere auch, ist zuzugeden, aber sie müssen nicht unserem Verlag die Schuld zuschieben, sondern den Gewerken, die unseren Geschäftsbetrieb lahmlegten und den Verlag finanziell so lähmten, daß er beim besten Willen ihre Forderungen nicht erfüllen kann.

Der größte Teil unserer Votenfrauen hat auch Einsichten genug befaßt, um nicht ebenfalls dieselben Forderungen zu stellen. Sie erklärten sich mit der Erhöhung des Votenlohnes ab 1. März einverstanden. Einzig und allein die Votenfrauen in Neudöhlen haben die Forderung auf rückwirkende Erhöhung ab 1. Januar gestellt und auch sie allein sind wegen Abweisung dieser Forderung in den Streik getreten. Schon vor einem halben Jahre hatten die Neudöhlener Votenfrauen eine besondere Forderung verabschiedet. Auch damals konnte der Verlag nicht bewilligen, und um den angeordneten Streik abzuwenden, griff unsere Neudöhlener Parteiorganisation ein und empfahl den Parteigenossen, neben dem festen Abonnementspreis den Votenfrauen ein besonderes Entgelt zu geben. Schon war dieser Zustand nicht, aber es ließ sich damals kein anderer Ausweg finden. Ein zweites Mal kann unter Berücksichtigung aller Umstände dieser Weg aber nicht beschritten werden. Wir hoffen, daß die Neudöhlener Votenfrauen der „Freiheit“ doch noch zu der Einsicht kommen, daß der Verlag ihnen mit der Erhöhung von 95 auf 100 Mark ab 1. März soweit entgegenkommt wie es ihm möglich ist.

Um unseren Neudöhlener Abonnenten Gelegenheit zu geben, trotz des Streiks der Votenfrauen in den Besitz der „Freiheit“ zu gelangen, haben wir neben den beiden Expeditionen in der Redaktionsstraße und in der Uferstraße in nachstehenden Lokalen Abholstellen errichtet, wo die „Freiheit“ morgens und abends abgegeben werden kann. Die Ausgabe der Zeitung erfolgt gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung für Monat Februar.

- | | |
|------------------------------|-------------------------------|
| Roth, Sa. derstr. 11; | Runt, Wasserstr. 62; Grenz- |
| Abt, Godefrichtstr. 9; | Wiese; |
| Schmidt, Panntierstr. 9a; | Rödel, Uferstr. 9; |
| Gewandner, Kaiser-Friedrich- | Wamina, Negattstr. 33; |
| straße, Ecke Teckroher; | Vidua, Uferstr. 5; |
| Abel-Rakino, Weichstr. 8; | Schulz, Thomaststr. 83; |
| Wagner, Eibstr. 14; | Kleib, Steuermühlstr. 25; |
| Robbin, Zuchtgarter Str. 7; | Wagner, Ring-Dandierstr. 8; |
| Rassler, Erstr. 8; | Wagner, Uferstr. 20; |
| Abel, Bernsdorfer Str. 7; | Stahlberg, S. r. Mühlstr. 76; |
| Zoh, R. r. Hoffstr. 40; | Korowich, Weichstr. 8; |
| Abel-Haus, Weichstr. 14; | Denin, Reuterstr. 99; |
| Hesse, Wipperstr. 9; | Singewald, Wichmannstr. 12. |

Der Geist Kräfte

Ist in der Volkverwaltung nicht verschwunden. Er lebt leibhaftig fort. Kräfte war Reaktionär. Mit seinem Abgang sollte das alte System in der Vererbung verschwunden sein und ein neues, liberaltischer Geist ist auch in der Volkverwaltung eingezogen.

Dieser neuer Geist aussieht, davon legt das nachfolgende Dokument Zeugnis ab: Berlin den 15. Februar 1920. Postzeitungsamt. Dessauer Straße 2/3.

Befehlnigung

Dem Herrn (Name) wird hiermit befohlen, daß er vom ... bis ... beim Postzeitungsamt als Ausbeller im unteren Beamtendienst beschäftigt gewesen ist. Der Genannte mußte aus dem hiesigen Betriebe ausscheiden. Ursache: Ein Tag Vorruhe.

J. H. Grada.

Zu bemerken ist, daß diese „Vorruhe“ vor neun Jahren abgelehnt wurde. Ist das nicht furchtbar, daß der Mann einen Tag Strafe abgemacht hat. Die Antwort charakterisiert den Geist, der heute in der Volkverwaltung weht.

Wie es ihm gedankt wurde.

Ein junger Mährischer Mann, der kein „Votorenlohn“ verdient und dabei in französische Gefangenschaft gesetzt, sehr glücklich aus seinem mit Einbruch durch umhüllten Gefängnis nach Berlin zurück. Nicht lange erfreute er sich der Freiheit, die er von, an der noch Reste die Unabgängigen Schutz haben, raste ihn dahin. Vom Helerweg zum Tode und wurde der Tote nach der Verlegung des Kranenhauses nach Moabit überführt. Die Verlegung erfolgte auf dem Wagnis, daß der Tote lebendig war. Der Angehörige war bereit worden, daß sie um nichts zu kümmern brauchen, es würde alles sehr gut besorgt werden.

Bei der Verbringung war jedoch niemand vom Bagarell erschienen. Der Sargdeckel aus frischem Holz schloß nicht, Schrauben und Griffel brachen beim Öffnen und Heben des Sarges ab, die allen Totenträger wußten nicht, wie sie den Sarg tragen sollten. Und in dem Sarg lag die Leiche, nur bedeckt mit einem kurzen Hemd, war er hingegen die Haare dem Toten ins Gesicht. So wie er hier, war er in den Sarg gelegt worden! Es ist ja nur ein Protestartikel!

Zähne 4 Mark
6.- Mark
mit echtem Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnstehen mit Brillen, Haß-horn nach bewährter Methode bei Restauration von Gebissen 12 1/2

Spezialität: Zähne ohne Säumen, Krönen von 30 Mk. an. Kein Luxuspreis! Fachmännische Mundärztliche und Zahnärztliche Zahnpraxis **Hatvani**, Danziger Straße 1
Fähr Schillerstr. 100, Platanen-Parkstr. 100.
Berechnungen von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertagen 9-11.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse für vollsten Zufriedenheit gefertigt.

Das ist der Dank des Vaterlandes. Mehr Achtung vor unseren Taten, ihr Herrschaften!

Arbeiterbildungsschule. Der 5. Vortrag des Genossen Gera über Nationalökonomie...

Kassia in einer Speisehalle. Einen unerwarteten Besuch der Sicherheitspolizei erhielt gestern die Speisehalle...

Durch Räuber schwer verletzt wurde gestern ein Wächter, der über ein Kontor in der verlängerten Schöneberger Straße...

Kate'Ause der Groß-Berliner Arbeiterschaft. Am Sonnabend, den 28. Februar, abends 7 Uhr...

Die Anarchie im kapitalistischen Produktions- und Verteilungsprozess. Wegen Verzögerung der Güterkarte...

Viktorsberg. Unter roter Beteiligung wurde am Mittwoch, nachmittags 8 Uhr, die Frau unseres Stadterwerbers...

Lebensmittelfalter.

Hennigsdorf. Es gelangen zur Ausgabe in allen Geschäften am Freitag: 200 Gr. ausl. Weizenmehl...

Aus den Organisationen.

4. Bezirk. Bildungskommission. Freitag abends 1/7 Uhr wichtige Vollversammlung bei Pater, Kaufinger Straße 25.

12. Bezirk. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr in der Schulaula...

Bereinstaltender.

Lagerarbeiter, Transportarbeiter, Fuhrer, Aufseher aus allen Strichen der Eisenbranche...

Der weiße Schrecken in Ungarn. Freie Welt, Heft 8. 30 Pfennig. Heute neu!

Bulletin der Studien-Gesellschaft für 102. Folia des Krieges (Kopenhagen) Nr. 6. Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg...

Kupfer, Messing, Zinn, Sämtl. Metalle, Quecksilber, Platin, Gold-, Silber-, Abfälle, Zahngebisse...

Alte Zahngebisse. pro Zahn 15.- bis 18.-. Platin, Brennschmelzen, Kontakte, Tiegel usw.

Kupfer bis 25.50, Messing 15.-, Rotguss 19.-, Blei 10.-, Reinzinn 80.-

Blei! Zinn! Weißmetall!

National-Kasse. Zahngebisse! Platin, Silber, Gold...

Spiralbohrer. Werkzeughandlung. Isolierten Kupferdraht, Litzan und Wachsdraht...

Altmetalle. Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei...

Verlagsgenossenschaft 'Freiheit'. Das Gesetz über Betriebsräte mit Wahlordnung und Anhang...

Traueranzeigen. Ernst Wegmann...

Danksagung. Für die herablassende Aufnahme bei der Erdigung...

Waagen. mehrere, für gewerbliche, industrielle, landwirtschaftliche...

Haut-, Horn-, Geschlechts-. Unterleibsleiden bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren...

Der richtige Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen der Abend-'Freiheit'

Verkaufe

Köpenicker Straße 101. Gardengeliegeheute, Gardinon kaufen Sie pro wert nur im Spezialgeschäft...

Kreuzfische

Kreuzfische, prima, 200 M. an, Alaskafische 150 M. an, Zehnfische, Blaufische...

Chaiselongs

Chaiselongs 90,00, mit Bestehälter billigst, Metallbetten 75,00, 250,00...

Höchstzahlend Kupfer

Höchstzahlend Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkondor, Metallankauf...

Felle, Kinnfelle

Felle, Kinnfelle, Hasenfelle, Ziegenfelle, Schaffelle, Kattelle...

Spiralbohrer

Spiralbohrer bis 1503, Aufschlag kauf! Leitzahl, Kommandantenstr. 65...

Aufkäufer! Suche Werkzeuge

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art wie Spiralbohrer, Gewindebohrer...

Rechtsanwalt

Rechtsanwalt, Rechtsanwältin, Rechtsanwalt, Rechtsanwältin...

Köpenicker Straße 101

Köpenicker Straße 101, Gardengeliegeheute, Gardinon kaufen Sie pro wert nur im Spezialgeschäft...

Erstklassige Jakettzweier

Erstklassige Jakettzweier, Casuarzweier, Sportpaletts...

Kaufgesuche

Altmittel Kupfer 20.-, Blei 6,75, Zinn 20.-, Quecksilber 100.-...

Kupferdrähte

Kupferdrähte, Kabel, Litzan kauf zu den höchsten Tagespreisen...

Blätter - Schellack

Blätter - Schellack, kg 100.-, Leim, auch klei, ste Messen kauf!...

Spiralbohrer

Spiralbohrer, Feilen, Reibahlen, Gewindebohrer...

Magnet, Versäser

Magnet, Versäser, Zündkerzen, Motorräder kauf laufend...

Fahrräder

Fahrräder, Fahrradumrüstungen, Fahrradteile...

Verkaufe

Verkaufe

Nöbel

Nöbel

Kupfer

Kupfer

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer

Spiralbohrer

Verschiedenes

Verschiedenes

Unterirdisch

Unterirdisch

Tiermarkt

Tiermarkt